Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 12

Artikel: Antikommunismus genügt nicht
Autor: Salzmann, Friedrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161923

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

p. 25. [10] Vgl. Morton H. Halperin, «China and the Bomb» (New York, Praeger Verlag, 1965). [11] «Renmin Ribao», 22. Okt. 1964. [12] «Long Live Leninism», op. cit., p. 22, und «Soviet Documents», 20. Apr. 1964, p. 19 (Rede von M. A. Suslow vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR, 14. Febr. 1964). [13] «Communiqué of the Eleventh Plenary Session of the Eight Central Committee of the Communist Party of China» (Foreign Languages Press, Peking, 1966), p. 4—5. [14] «Decision of the Central Committee of the Chinese Communist Party Concerning the Great Proletarian Cultural Revolution» (Foreign Languages Press, Peking, 1966), p. 3. [15] Siehe z. B. «Renmin Ribao», 7. März 1966. [16] Vgl. die definitive Darstellung der maoistischen Guerillataktik in Li Tscho-peng, «Strategy: One Against Ten. Tactics: Ten Against One» (Foreign Languages Press, Peking, 1966).

Antikommunismus genügt nicht

FRIEDRICH SALZMANN

In der Beurteilung internationaler Entwicklungen darf es keine Diffamierung geben, wenn der Beurteiler seine Meinung ändert. Denn zuviel ist in Bewegung geraten, als daß heute immer richtig sein könnte, was gestern gesagt wurde. Zudem verstärken sich in Ost und West jene Kräfte und Tendenzen, die außerhalb der gewollten Systeme und geglaubten Ideologien wirksam sind. So kann es etwa vorkommen, daß ein Oststaat sich heftig gegen den Vorwurf verteidigt, die von ihm neuerdings gewährte Unternehmerfreiheit sei unvereinbar mit dem Kommunismus, während ein Weststaat aus dem Munde des verantwortlichen Ministers verkünden läßt, die derzeitige Konjunkturpolitik habe mit «Dirigismus» nichts zu tun. Im einen Fall machte der Ruf nach Freiheit Konzessionen unvermeidbar, im andern Fall war der Ruf nach Planung unüberhörbar, im Gebiet der Geld- und Kreditpolitik beispielsweise. Das Auffallende daran ist, daß im Osten anscheinend die Freiheit, im Westen anscheinend die Planung vermißt wurde.

Die Beurteilung der Situation wird also nicht einfacher. Jedenfalls muß die Frage nach dem «Ausgleich der Systeme» in immer kürzeren Abständen beantwortet werden. Nähern wir uns dem Kommunismus? Nähert sich der Kommunismus uns? Haben wir am Ende in der internationalen Politik schon das Stadium erreicht, wo sich der Verdacht erhärtet, der ganze antikommunistische Lärm hier und der antikapitalistische Lärm dort seien Scheingefechte fürs spätere Protokoll, um zunächst einmal die Rüstungskredite durchzubringen und sodann im Falle einer Panne — eines Krieges — das glaub-

würdige Alibi zu haben. Aber eben: Diese Glaubwürdigkeit hört auf, wenn man den Gegner demonstrativ bekämpft und insgeheim kopiert.

Es kann angesichts dieser Zusammenhänge nicht meine Absicht sein, hier etwas Propaganda für die freiheitliche Demokratie und etwas Gegenpropaganda gegen den Kommunismus zu machen. Ein solcher Versuch wäre höchstens gegenüber Lesern angebracht, die in ihrer Gesinnung schwankend geworden sind. Daran glaube ich aber nicht. Das Schweizervolk würde nicht zögern und zögert nicht, sinnvolle Opfer für die freiheitliche Demokratie zu bringen; wir sind in unserer politischen Moral, wenn ich es so ausdrücken darf, so wenig geschwächt wie andere abendländische Völker. Aber wir sind sehr unsicher geworden — begreiflicherweise unsicher geworden — im Urteil über den gegenwärtigen Stand der internationalen Entwicklung, über das Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft überhaupt; unsicher im Urteil über das, was in diesem Stadium einer entfesselten Dynamik und der scheinbaren Ohnmacht des Einzelnen zu *tun* ist. Ich traf kürzlich einen gescheiten, gebildeten Mann, einen Intellektuellen, und der meinte im Verlauf unseres Gespräches: «Die beste Lösung wäre halt doch ein gemäßigter Kommunismus, ein liberaler Kommunismus, wenn es das gäbe.» Und dieser Mann wußte gar nicht, daß er sich auf einen prominenten Bundesrat hätte berufen können, der in einem außenpolitischen Tour d'horizon vor einiger Zeit schon sagte: «Die Welt muß zwischen den Ideologien und Sozialstrukturen des Ostens und Westens eine Art Kompromiß finden.»

Folgen der industriellen Entwicklung

So denken viele. So denken vielleicht bald alle. Es ist, wie gesagt, einiges in Bewegung geraten. Um in unserem Urteil, und nötigenfalls in unserer Abwehr, dieser Dynamik Rechnung tragen zu können, müssen wir uns selber ein wenig in Bewegung bringen — vorerst mit dem Vorzug, daß wir dies in Gedanken tun dürfen. Was ist das Neue an der Situation? Neu ist, sowohl im Westen wie im Osten, das Erstarken von Einflüssen, die den Rahmen der Systeme zu sprengen scheinen. An erster Stelle zu erwähnen ist das Tempo der Technisierung, die zwingende Notwendigkeit fortschreitender Industrialisierung. Diese beschleunigte wirtschaftliche Dynamik gilt mit Gradunterschieden von Land zu Land für Demokratie und Diktatur, weil sie nichts anderes ist als das Kennzeichen einer modernen Massengesellschaft schlechthin.

Ich übernehme nun keine marxistische These, wenn ich sage, daß diese Dynamik der sozialen Entwicklung das Denken und auch das Freiheitsbewußtsein der Menschen stark beeinflußt. In Rußland und anderen Oststaaten ist dies eindeutig feststellbar. Aber auch was wir Schweizer morgen

oder übermorgen als Freiheit empfinden und vielleicht an unserem Nationalfeiertag in hundert Jahren verherrlichen werden, muß nicht unbedingt ganz mit dem übereinstimmen, was in den gegenwärtig gültigen Geschichtsbüchern der Primarschulen über Freiheit ausgesagt wird. Das Tempo der Entwicklung relativiert manches. Denken wir nur daran, daß unsere Urgroßväter für die Freiheit vom Staat ihre Revolution gemacht haben, daß sie Freiheitskämpfer gegen den Staat waren, während wir eifrig damit beschäftigt sind, uns die Freiheit durch den Staat sichern zu lassen: Fürsorge, Subventionen, Einkommensgarantien, Versicherung. Warum also nicht zugeben, daß im Bewußtsein der Eidgenossen Freiheit nichts Absolutes und Unveränderliches ist? Das gilt auf der andern Seite in ähnlicher Weise. Der West-Ost-Konflikt darf nicht statisch beurteilt werden, sondern ist dynamisch zu begreifen, das heißt als ein in Inhalt und in der Form sich ständig wandelnder Konflikt, als ein Konflikt, der auf eine ganz bestimmte Zukunft hinzielt und dort wahrscheinlich eine Lösung finden wird, die heute noch gar nicht eindeutig vorausgesehen werden kann.

Wenn wir davon ausgehen, daß jede kriegerische Auseinandersetzung die Probleme nur verschärft — wenn sie nicht gar mit den Problemen auch die Menschen selbst beseitigt —, wenn wir also den Krieg zur Überwindung des Kommunismus ablehnen, dann bleiben noch folgende Möglichkeiten:

Der Kommunismus stirbt von selbst, schläft ein oder wird vergessen, oder die freiheitliche Demokratie stirbt eines sanften Todes, oder die beiden Systeme durchdringen einander im sogenannten Kompromiß der Sozialstrukturen, oder die Menschheit findet zu neuen Zielen und Formen des Gemeinschaftslebens hin, die den Ost-West-Konflikt gewissermaßen auf höherer Ebene überwinden.

Für die nächste Zukunft ist freilich gewiß, daß wir *mit* dem Kommunismus leben. Wir können das Nebeneinanderexistieren totalitärer und freiheitlicher Systeme nicht verhindern. Darin liegt ein innerer Zwang zum Dialog, zum Ausgleich. Unsere Aufgabe ist es, klar herauszustellen, wo Kompromisse möglich und vernünftig sind und wo nicht, wo sich ein freiheitlich-demokratischer Staat dieser geteilten Welt anpassen kann und wo wir es nicht *dürfen*, ganz einfach deshalb, weil es einer Unterwerfung und Preisgabe der für uns geltenden Prinzipien gleichkäme.

Spielregeln der Koexistenz

Spielregeln der Koexistenz, also Spielregeln für eine Existenz von totalitären und demokratischen Staaten nebeneinander, sind logischerweise zu bejahen, wenn man einerseits die Fortsetzung des Kampfes für unausweichlich hält, aber andererseits eingesehen hat, daß Gewaltanwendung zu große Risiken

einschließt. Die Ausarbeitung und die Anerkennung gemeinsamer Spielregeln ist ein *Prozeß der Zivilisierung.* Es ist sehr schwer zu entscheiden, wie weit eine Diktatur auf diesem Wege gehen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Wahrscheinlich kann ein totalitärer Großstaat in der internationalen Politik nicht wesentlich versöhnlicher sein als in seiner nationalen. Ein Staat, der im Innern seinen Bürgern die demokratischen Spielregeln verweigert, im Innern also kein Verständnis und keine Toleranz hat gegenüber politischer Opposition, der wird auch gegen außen für Andersdenkende und Anderslebende nicht viel übrig haben, sondern vor allem seinen Machtstandpunkt durchsetzen wollen. Nun heißt aber «Spielregeln» vereinbaren und respektieren bereits, daß man den Rechtsstandpunkt einnimmt.

Daß *wir* dazu bereit sind, ist selbstverständlich. Im Westen sind die Präventivkrieger ausgestorben. In den letzten zehn Jahren mehren sich die Anzeichen dafür, daß auch der totalitäre Staat im Osten, die Sowjetunion, bereit ist, in seinen außenpolitischen Aktivitäten die Gewalt nicht an die erste Stelle zu setzen; es sieht sogar so aus, daß auch gewisse interne Machtablösungen dort bereits ohne brutale Gewalt durchführbar sind. Dies alles zweifellos im Schatten der Atombomben Chinas und des Westens. Aber äußere Druckmittel sind kein Einwand gegen den Zivilisierungsprozeß, denn auch die anderen Völker haben ja mehr der Not als ihrem eigenen Triebe gehorcht, als sie sich langsam zu dieser Zivilisierung entschlossen.

Man muß sich klar darüber sein, daß in diesem Bereich eigentlich das Gerede von Kompromissen inhaltslos ist, denn es handelt sich ja nicht um Kompromisse, bei denen beide Partner in Richtung auf einen «Treffpunkt Mitte» marschieren, sondern es handelt sich um das Einlenken des totalitären Systems auf gewisse Minima des völkerrechtlichen Verhaltens. Dieses Einlenken, sofern es überhaupt stattfindet, bleibt an die Stärke und die Verteidigungsbereitschaft des Westens gebunden.

Zivilisierung, Liberalisierung oder Demokratisierung im Osten ist nur zu erhoffen, wenn der Westen stark und verteidigungsbereit bleibt; wobei ich mit Stärke des Westens nicht nur die militärische Stärke meine, seine Rüstung, sondern vor allem seine Treue zum Prinzip der freiheitlichen Rechtsstaatlichkeit; unter Rechtsstaatlichkeit verstehe ich, daß nicht der Bundesrat regiert, nicht das Parlament, nicht die Verwaltung, ein Großverband, Trust, nicht irgend ein Diktator oder Präsident, sondern direkt oder indirekt das Volk, kraft des von ihm in Verantwortung beschlossenen und durch ihn jederzeit revidierbaren Gesetzes. Von dieser Ordnung der politischen Dinge wollen wir nicht abweichen. Unser Problem besteht darin, die Herrschaft des Gesetzes, also der Rechtsstaatlichkeit, auch in der Umwelt einer völlig anders gewordenen sozialen Dynamik und in der Abwehrsituation gegen den Kommunismus durchzusetzen. Das Problem der Diktatur besteht darin, den Weg der Gesetzlichkeit, den die Besten des Volkes immer gebieterischer zu

beschreiten verlangen, so zu umzäunen, daß der Ausbruch in die volle Freiheit der Demokratie verhindert werden kann. Damit ist das Feld möglicher Kompromisse eng begrenzt. Schwieriger wird die Beurteilung der Lage, wenn wir die wirtschaftlichen Probleme mit einbeziehen und die Möglichkeit eines Ausgleichs, ja einer Annäherung in Theorie und Praxis erörtern.

Synthese zwischen Liberalismus und Sozialismus?

Im März 1956 hat der damalige italienische Staatspräsident Gronchi die Idee des Kompromisses vertreten. Er nannte es Synthese, und zwar in einer konstruktiven und diskutablen Weise, als er damals vor dem amerikanischen Kongreß sprach: «Es gibt in der Welt», so sagte Gronchi, «ganze Völkerschaften, die den Begriff der Freiheit nicht im gleichen Sinne auffassen wie die Abendländer, ja, mit der Freiheit nichts anzufangen wissen und dieser die soziale und vor allem ökonomische Geborgenheit vorziehen. Solche Ansichten verbreiten sich leicht auch in jenen westlichen Gebieten» (wahrscheinlich dachte Gronchi an Sizilien), «wo ökonomischer Tiefstand herrscht; und wenn die reichen Nationen nicht beizeiten Vorsorge treffen, kann es leicht dazu kommen, daß selbst die militärische Macht unwirksam wird. Darum erscheint die Rüstungssorge zweitrangig gegenüber der sozialen und wirtschaftlichen Sorge.»

Im Anschluß an diese Feststellungen hat dann Gronchi seine Lieblingsidee propagiert — «Synthese zwischen Liberalismus und Sozialismus» —, um den Kontrast zwischen Ost und West überbrücken zu können, also ziemlich genau das, was der zitierte Bundesrat als «Kompromiß der Sozialstrukturen» bezeichnete. Es wurde in den damaligen Kommentaren der Tagespresse recht heftig abgewinkt; es heißt beispielsweise in einem Bericht aus Rom: «Die Wesenssubstanz der beiden Richtungen, Liberalismus und Sozialismus, ist so verschieden, daß sie weder auf innenpolitischem und noch viel weniger auf internationalem Gebiete eine Synthese ergeben und eine Brücke darstellen können, sondern lediglich ein an allen Ecken und Enden brüchiges Mixtum compositum.» Diese Kritik ist sehr glaubwürdig, wenn man sie an den bisherigen Experimenten mißt, namentlich im Osten, aber auch im Westen. Es gibt ja genügend Zerrbilder sowohl sozialistischer wie liberaler Ordnungssysteme. Aber ist nicht, zum mindesten theoretisch, ein Kompromiß des ideellen Gehalts beider Leitbilder denkbar? Hier der Liberalismus, der seinen Ursprung im Bekenntnis zur Freiheit findet, und dort der Sozialismus, der seinen Ursprung nicht etwa im Marxismus-Leninismus, sondern im Ideal der Brüderlichkeit hat. Wenn man diese guten alten Ideen zugrunde legt, kann man sicher der Auffassung sein, daß der Liberalismus *brüderlicher* werden dürfte und der Sozialismus *freiheitlicher* — und das wäre dann kein Mixtum

compositum, sondern es wäre ein Sozialsystem, das im Grunde genommen von allen Menschen guten Willens herbeigesehnt wird.

Es gibt Entwicklungen, die in diese Richtung weisen, die zu den realen Möglichkeiten der Zukunft gehören. Allerdings scheinen die verfälschenden, retardierenden Kräfte zur Zeit noch stärker zu sein. Um sie klar zu sehen, genügt es aber nicht, zu sagen, was der totalitäre Staat ist; es genügt auch nicht, demgegenüber zu betonen, was ein freiheitlicher Staat sei. Man muß gründlicher sein und fragen: Hat der totalitäre Staat, beispielsweise sowjetischer Prägung, auch *freiheitliche Elemente*? Hat er Entwicklungstendenzen hin zur Demokratisierung und Liberalisierung? Und andererseits: Hat der freiheitliche Staat, auch der eidgenössische Staat *totalitäre Elemente*, trägt er in sich Entwicklungstendenzen zum Totalitarismus? Diese beiden Fragen halten leider allzu viele unter uns gar nicht für zulässig, und die andern, welche die Fragen für zulässig halten, sind in ihrer Beantwortung meistens zu oberflächlich und zu optimistisch.

Im Osten sind seit der Entthronung Stalins ohne Zweifel Entwicklungstendenzen erkennbar, die man als liberal bezeichnen darf, «liberal» — gemessen am vorherigen Zustand sozusagen lückenloser Despotie. Zu erwähnen sind wohl vor allem die noch von Chruschtschew verabschiedete Strafrechtsreform, die endlich jedem Angeklagten das Recht auf einen Verteidiger einräumt, dann das offensichtlich ehrliche Kontaktbedürfnis zahlreicher Kreise mit dem Westen, die Unentbehrlichkeit der wissenschaftlichen Elite, der man aus diesem Grund einige politische Narrenfreiheit zugesteht. Als zusätzliche Auflockerung kommt noch das Deutlichwerden nationaler Unterschiede zwischen den kommunistischen Staaten hinzu, dieser sogenannte Polyzentrismus, der schon rein machtpolitisch und strategisch gesehen eine Chance für den Westen enthält. Verstärkt und zum Teil erst ausgelöst werden diese Kräfte durch den wohltuenden Zwang einer sich entfaltenden Wirtschaft — die sich, nebenbei bemerkt, die Liquidation der Intelligenz auch nicht mehr leisten kann.

Nun genügen diese Kräfte und Tendenzen freilich nicht, um den Totalitarismus zu stürzen, aber sie könnten Situationen reifen lassen, in denen bei einem ohnehin fälligen Machtwechsel der liberalere und demokratischere Rivale die größern Aussichten hat als ein konservativer Kommunist. Gerade hier muß aber vor Illusionen gewarnt werden. Der totale Staat rutscht nicht allmählich und unmerklich in die Freiheit hinein. Politische Freiheit ist letztlich nur als Willensentschluß der Mächtigen zu haben. Solange diese Macht in bezug auf den Willen zur Freiheit nicht im Volk selber verankert ist, solange ist und bleibt Tyrannei das wahrscheinlichere Regierungssystem für dieses Volk; und nach den bisherigen Erfahrungen mit den Sternstunden der Menschheit wird es kein ganz friedlicher Ablösungsprozeß sein, der von der Diktatur zur Freiheit führt, sondern die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die

kommunistischen Staaten, jeder auf seine Art, ihre liberale Revolution werden nachholen müssen.

Unsere Hoffnung ist die, daß diese liberale Revolution so unblutig wie möglich und so bald wie möglich erfolge. Und das ist kein grausamer Wunsch, sondern dieser Wunsch entspringt der Überzeugung, daß eine solche liberale Revolution Voraussetzung der Herrschaft des Gesetzes, der Rechtsstaatlichkeit also, in den Ostblockländern ist — und damit Voraussetzung einer Ost-West-Versöhnung.

Planung — ein Problem der Qualität

Nun aber, ebenso kritisch, die *Frage an den Westen:* Ist der Westen seiner Freiheit so sicher, daß der Totalitarismus von innen her keine Gefahr darstellt? Es zeigt sich hier leider die belegbare Erfahrung, daß Demokratien auf evolutionärem Weg, also ohne gewaltsamen Umsturz, zu Diktaturen degenerieren können, wenn die politischen, die geistigen und sozialen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Ich habe gesagt, daß Freiheit in einem Staat nur aus politischem Willensentschluß denkbar sei. Auf diesen Willensentschluß geht unsere Eidgenossenschaft zurück. Jetzt kommt die paradoxe Gegenthese: Unfreiheit bedarf eines ausdrücklichen Beschlusses nicht. In den Zustand der Unfreiheit kann ein demokratisches Volk geraten, ohne ihn bewußt zu wollen (beispielsweise, wenn alle nur ans Geldverdienen denken und Politik niemanden mehr interessiert). Dazu kommt noch etwas anderes: eine wechselseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik besteht nicht insofern, als eine freie Wirtschaft notwendigerweise einen freiheitlichen Staat zur Folge hätte. Die Interdependenz besteht aber im negativen, umgekehrten Sinn, nämlich so, daß eine zentralverwaltete, behördlich gelenkte Wirtschaft ohne politische Diktatur nicht durchführbar ist. Daraus folgt, daß wir dem Kommunismus gegenüber in diesem Punkt benachteiligt sind: Der totalitäre Staat kann nämlich das ihm noch gerade zuträgliche Maß von wirtschaftlicher Liberalisierung zuteilen und gewähren, ohne sich damit aufzugeben. Aber der freiheitliche Staat kann seine Wirtschaft nicht auf beliebige Weise lenken und planen, ohne daß diese Wirtschaft die Natur des Staates und das Wesen der Politik langsam und sicher verfälscht.

Ich brauche über diese Zusammenhänge nicht viel auszuführen; sie sind ziemlich genau erforscht. Sie interessieren uns hier auch im Detail nicht, aber sie geben eine schlüssige Antwort und eine deutliche Warnung an jene, die sich den Kompromiß der sozialen Strukturen so vorstellen, daß die Kommunisten fortan ein bißchen weniger planen würden und wir ein bißchen mehr. Das wäre dann nicht der Untergang des Totalitarismus, sondern die allmähliche Zerstörung der freiheitlichen Demokratie. Planung ist eben kein

Problem der Quantität, sondern ein Problem der Qualität, nicht ein Problem des Maßes, wie man bequemerweise bei uns immer wieder behauptet, sondern eine Frage der Richtung, der Befugnisse und der wirksamen Kontrolle.

Selbstverständlich muß auch in der Demokratie geplant werden. Aber erstens überläßt sie diese Planung vorzugsweise denen, die bereit sind, das Risiko von Verlust und Gewinn einer Planung persönlich zu tragen; sie überläßt die Wirtschaftsplanung grundsätzlich der privaten Leistung. Und zweitens greift sie mit gesetzlicher Nachhilfe nur dort ein, wo die Freiheit des Marktes den Ausgleich nicht bewerkstelligen kann, was beispielsweise gegenwärtig in der Landesplanung, also beim Boden, der Fall ist, dort, wo das Angebot nicht beliebig vermehrbar ist. Die Gefahr, in der sich der Westen befindet, besteht darin, daß wir allmählich unter dem Druck einer nicht gemeisterten wirtschaftlichen Dynamik in ein Sozialsystem hineinrutschen, das nicht mehr auf der freien und freiwilligen Produktion von Leistungen und ihrem Austausch beruht, sondern auf der Machtfülle einer Verwaltung, die Rechte zuspricht oder abspricht und mit ihrem Entscheid Schiedsrichter spielt in Dingen, welche die Existenz des Einzelnen direkt oder indirekt betreffen.

Schwindendes Leistungsbewußtsein

Daß sich ein besonderer schweizerischer Typus solcher Art Lenkung herausgebildet hat — nämlich die Abtretung zentraler Befugnisse an die Interessierten selbst (sofern sie organisiert sind) —, das ändert an der Richtung, am Weg, den wir eingeschlagen haben, nichts. Die oft zitierten Subventionen sind Symptom, sie sind nicht Ursache einer derartigen Entwicklung; ich zitiere Prof. Hofmann, Universität Göttingen: «Subventionen sind nur ein Anzeichen unter vielen, für das in unserer Ordnung selbst offenbar tief angelegte Schwinden des Leistungsbewußtseins und das Vordringen einer neuen Rentnermoral.» Rentnermoral: das wäre die langsame Gewöhnung freier Menschen an den sorgenden und fürsorgenden Staat, eine für die freiheitliche Demokratie in dreifacher Hinsicht ernst zu nehmende Gefahr, erstens weil so der Staat als Partner sich zum Staat als Vormund wandelt, zweitens weil wir auf diesem Weg die soziale Alternative zum Kommunismus verlieren, drittens weil damit der wirtschaftliche Erfolg des Einzelnen mehr und mehr abhängig wird nicht von der privaten produktiven Tätigkeit, nicht vom Dienst am Gedeihen des Ganzen, sondern vom politischen Einfluß, den man auf das Amt ausübt, das die Subventionen verteilt, Zölle erhebt, Preisgarantien gewährt, Steuerprivilegien einräumt, die eigene Gruppe vor dem Wettbewerb durch andere Gruppen schützt usw.

Nicht die Demokratie im Sinne des Mehrheitsprinzips ist erkrankt, sondern krank und schwach werden so die freiheitlichen Elemente dieser Demokratie.

Denn je mehr sich Interessenpolitik und Verwaltung ausdehnen, desto hilfloser, einsamer und ohnmächtiger fühlt sich der Stimmbürger, weil zwischen seinen politischen Willen — den er an der Urne bekunden möchte — und die praktische Durchführung der Entscheide ein derart unübersichtlicher Apparat geschaltet ist, daß sein Stolz, Mitglied eines souveränen Volkes zu sein, langsam dahinschwindet. Ganz abgesehen davon, daß allzu viele Vorlagen in ihrem politischen Hintergrund, in ihrer politischen Idee, gar nicht mehr erkennbar sind. Ich denke hier an Julius Cäsar bei Shakespeare, der sagt: «Durch das, was in uns selbst nicht stimmt, werden wir verraten und durch nichts anderes.»

Wie sehr uns das, was «in uns selbst nicht stimmt», in unserer Wirkung auf die Welt, in der Ausstrahlungskraft des Westens schwächt, und wie wir da sogar unfähig werden, die Gelegenheiten wahrzunehmen, die uns der Osten selbst zuspielt — dafür liefert uns Jugoslawien ein anschauliches Beispiel. Dieser Staat versucht, seinen eigenen Weg zu gehen. Man spricht von «antitotalitärem Sozialismus» und vom Übergang zum Mehrparteiensystem. Darüber hinaus wurden Wirtschaftsreformen durchgeführt, die eine Verbindung von recht weitgehender Unternehmerfreiheit mit mehr oder weniger sozialistischen Gesamtzielen herstellen. Eine erste Etappe auf diesem Weg bestand darin, daß die staatlichen Höchstpreisvorschriften in realistischer Weise revidiert wurden — eine sehr bedeutungsvolle liberalisierende Maßnahme, wohltuend vor allem auch deshalb, weil sie manchen Kontrollbeamten erübrigt. Jugoslawien scheint mit seinem mutigen Vorgehen, das allem traditionellen Kommunismus widerspricht, Erfolg zu haben — der seitherige wirtschaftliche Aufstieg beweist es. Aber: Die neue Preisordnung hat in Jugoslawien eine Erscheinung sichtbar gemacht, die zuvor getarnt und polizeilich-bürokratisch unterdrückt war: die Inflation. In einzelnen Städten beträgt die Steigerung der Lebenskosten bis 70 Prozent, während die Löhne nur bis zu 20 Prozent steigen durften. An einem kürzlich von der St. Galler Hochschule durchgeführten Gespräch östlicher Wirtschaftsexperten mit westlichen Nationalökonomen, rückte die ganze Tragik dieses Zusammenhangs in den Vordergrund: Die Inflation stärkt nun, im liberalsten Land des kommunistischen Lagers, wiederum jene Kräfte, die vom freien Markt nichts Gutes erwarten und wieder ganz auf Marx und Lenin zurückgreifen möchten.

Diktat des «politisch Tragbaren»

Wieviel größer wäre der westliche Einfluß auf die Welt, die Überzeugungskraft des Westens, wenn in Richtung Osten gesagt werden könnte: «Liebe Kommunisten — schaut einmal über den Grenzzaun in unser Land hinein, schaut wie gut wir, in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, mit dem lästigen Inflationsproblem fertig geworden sind.» Aber so selbstbewußt können und

dürfen wir nicht sprechen. Denn sozusagen alle westlichen Länder haben, um eine Formulierung Röpkes zu benützen, einen «Apparat der zurückgestauten Inflation» aufgebaut, der in seinem Wesen dem Dirigismus bedeutend näher kommt als dem Liberalismus. Dabei ist die Inflation nur ein Beispiel für ungelöste Sozialprobleme im Westen. «Durch das, was in uns selbst nicht stimmt, werden wir verraten und durch nichts anderes ...»

Es leuchtet ein, daß in dieser Situation eine bloße Abwehrstellung gegen links nicht genügt. Es genügt nicht ein Antikommunismus, der in den Fehler verfällt, die Freiheit schlechthin mit der bestehenden Ordnung des Westens zu identifizieren und der an dem vorbeisieht, «was in uns selbst nicht stimmt». Diese Identifizierung macht mit der Zeit aus der Freiheit eine eingefrorene Ideologie anstelle des Leitbildes für die Zukunft, das sie sein sollte.

Wie sehr in unserm Land Staatspolitik von Interessenpolitik überwuchert wird, zeigt uns die Entwicklung des Rechts. Rein als Tatsachenfeststellung, nicht als Kritik, sei bemerkt, daß eine Produktion von 2000 Paragraphen im Jahr schon vom Quantitativen her eine Abwertung des Rechts, die Unterhöhlung des Gesetzes als oberster Instanz der Demokratie darstellt. Vergessen wir aber nicht, daß vielleicht 80 Prozent dieser Gesetzgebung mit Staatsgrundsätzen gar nichts zu tun haben, sondern lediglich kleine und große Reichtümer umverteilen nach der langweiligen Dreipunkteregel. 1. Punkt: Es wird dem und dem gegeben; 2. Punkt: Es wird dem und dem genommen; 3. Punkt: Wer zuwiderhandelt, wird mit so und soviel gebüßt. Ein großer Teil unserer Gesetze lautet so und nicht anders und ist tatsächlich Ausfluß der politischen Macht wirtschaftlicher Gruppen. Und gerade dies ist unsere entscheidende Schwäche, die uns immer wieder daran hindert, für die Schwierigkeiten der Demokratie im internationalen Mobilisationszustand langfristig richtige Lösungen zu finden.

Wir haben allzulange gute Erfahrungen gemacht mit einer Politik des sogenannten Pragmatismus, d. h. mit einer Politik, die letztlich ohne Ideen glaubt auskommen zu können, weil sie an den Kleinerfolgen des Tages gemessen wird und es zu einiger Meisterschaft im Überspringen der kleinen Hürden bringt. Das «politisch Tragbare», so sagte einmal Prof. Imboden, wird Maßstab anstelle des «politisch Notwendigen». Diese Politik genügt aber nicht zur Verteidigung und Erhaltung der freiheitlichen Demokratie. Am wenigsten in einer Krisensituation. Im Gegenteil: Auf diesem Weg wird die Demokratie verfälscht und entwertet, es werden ihr fortgesetzt zentralistische, totalitäre, klassenpolitische Elemente eingefügt, manchmal aus gutmeinender Verlegenheit, manchmal aber auch deshalb, weil die Tagespolitik sich ohne höhere Zielvorstellungen am wirtschaftlichen Egoismus der Gruppen orientiert.

Warum fühlt man sich z. B. bei uns so wenig alarmiert durch die Tatsache, daß reale politische Macht heute weniger von den politischen Parteien aus-

geübt wird als von den Organisationen der Wirtschaft? Ist denn nicht auch dies ein verhängnisvoller Kompromiß der Sozialstrukturen in dem Sinne, daß sich die marxistische These vom «Unterbau der Wirtschaft», der alles trage und in kausalem Zusammenhang gestalte, sozusagen widerspruchslos durchsetzt? Man komme aber hier nicht mit der Behauptung, die Realitäten sprächen halt für Marx, der Kommunismus habe die mächtigeren Argumente auf seiner Seite — denn fast alles, was nach östlicher Stärke aussieht, ist westliche Schwäche. Alles geht doch in erster Linie darauf zurück, daß wir nicht mehr die Kraft aufbringen, auf dem Vorrang der Ideen gegenüber der Wirklichkeit zu beharren und unsere soziale Wirklichkeit nach diesen Ideen bewußt zu meistern und zu gestalten.

Schlußfolgerungen

Es ist Zeit, zu einigen Schlußfolgerungen zu gelangen. Im Zeitalter der Koexistenz mit Kommunisten kommt es darauf an, daß wir erstens selbst wissen und bekennen, was unsere Wahrheit ist. Durch Preisgabe von Überzeugungen und Ideen gewinnen wir die Kommunisten nicht. Wir verlieren nur uns selber. Zweitens kommt es ganz entscheidend darauf an, daß wir selber für den Kontakt mit dem Osten geschult sind. Es ist wertlos und gefährlich, wenn Leute, die weder den Kommunismus kennen noch selber genau wissen, wo sie stehen, anfangen, praktische Koexistenz zu üben. Es kommt darauf an, daß so kostbare Güter wie Freiheit und Demokratie durch fähige, überlegene Menschen verteidigt werden und daß wir im Westen über mehr Aktivbürger in diesem Sinne verfügen. Aktive Kommunisten gibt's nämlich genug. Wir brauchen auch in diesem Zusammenhang staatsbürgerliche Schulung von Grund auf — heute, wo alles viel komplizierter geworden ist, erst recht —, und zwar nicht aus einem Geiste heraus, der auf die Vergangenheit blickt und vor allem Geschichtsbetrachtungen anstellt mit der Sorge, die alten Helden in alter Herrlichkeit zu übermitteln, sondern im Zentrum unseres Geschichtsunterrichts muß der Blick auf das Heute zur Bewältigung des Morgen stehen, etwa im Sinne der Schulen, die Heinrich Zschokke anfangs des 19. Jahrhunderts gründete, und in denen er Unterricht erteilte über ein Fach, das er «Belehrung, wie die Einrichtungen der Eidgenossenschaft verbessert werden könnten» nannte. Wenn es eines Beweises dafür bedurfte, daß staatsbürgerlicher Unterricht nicht langweilig zu sein braucht, dann denke man an Zschokke und seine Arbeit; er hat bewiesen, daß er nicht nur gut zu unterrichten verstand, sondern daß aus dieser Schularbeit und Schulungsarbeit heraus kräftige Impulse auf den Staat von morgen ausgestrahlt haben, denn der Bundesstaat wurde ja in diesen Schulen geistig vorbereitet. Und diese Erfahrung zeigt, daß Schulung, Unterricht und Belehrung gerade des-

halb der Anfang einer wirksamen Verteidigung sind, weil sie wirksame Zukunftsarbeit darstellen.

Drittens kommt es darauf an, daß wir jede echte oder wenigstens hoffnungsvolle Gesprächsmöglichkeit mit den Menschen im Osten nützen. Dazu gehören zunächst alle Begegnungen, in denen der menschliche Kontakt den Ausschlag gibt — also vor allem die nicht offiziellen und viel zu seltenen Begegnungen unter vier oder nicht viel mehr Augen; sodann gehören alle Gespräche, alle Kontakte dazu, die bei illusionsfreier Beurteilung eine Chance zur Auflockerung oder Liberalisierung auf der andern Seite enthalten, und schließlich kommt es viertens darauf an, daß wir nicht nur in den Argumenten, in den Gesprächen, in der Theorie, sondern in der Praxis unserer westlichen Lebensordnung das schönere, bessere, menschlichere Bild zu zeigen haben. Das Gespräch mit Kommunisten ist wichtig und unter bestimmten Voraussetzungen zu bejahen. Aber am erfolgreichsten ist es dann, wenn es sachlich und freundlich Kenntnis geben kann vom guten Beispiel in der sozialen Wirklichkeit des Westens. Das ist auf die Dauer unser stärkstes Argument.

(Radio-Vortrag, Studio Bern, 16. November 1966)

Von der Einsamkeit des Menschen

JOHANNES B. LOTZ

Unsere Zeitschrift hat in ihrer Augustnummer 1966 einen Bericht der Freudenstadter Tagung der Gesellschaft «Arzt und Seelsorger» publiziert. Der Ernst Klett Verlag gibt die einzelnen Vorträge in einem Sammelband «Einsamkeit in medizinisch-psychologischer, theologischer und soziologischer Sicht» heraus. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir als Vorabdruck den Vortrag von Professor Johannes Lotz.

Die Redaktion

Bei einem großen Denker des Mittelalters, bei Duns Scotus, finden wir folgenden Satz: «Ad personalitatem requiritur ultima solitudo»; «Zur Person gehört letzte Einsamkeit» (Op. ox. II, d. 1,9, 1,17). Person und Einsamkeit werden hier in eine Wesensbeziehung zueinander gebracht; dabei hat die Einsamkeit ihren positiven Sinn. Ein Mensch kann im vollen Sinn des Wortes Person nur dann sein, wenn er es wagt oder den Mut dazu hat, in letzte Einsamkeit einzutreten. Das ist eine Einsicht, die nicht nur den mittelalterlichen Menschen kennzeichnet, sondern die für jeden gilt, auch in unseren Tagen.